

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/105: 01.01.1872 – 31.12.1875

1872

Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Deutsches Reich: Bismarck erklärt am 30. Januar 1872 während einer Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (x239/152): >>... Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete. ...

Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat. ...<<

Reichskanzler Bismarck warnt Kaiser Wilhelm I. am 4. April 1872 vor der radikalen Sozialistenbewegung (x056/270): >>Die sogenannte Internationale (die von Karl Marx 1864 gegründete "internationale Arbeiterassoziation") ist ... augenblicklich die hervorragendste von den Formen, in welchen eine die ganze Welt durchziehende Krankheit zur Erscheinung kommt.

Diese Krankheit hat ihre Ursache darin, daß die besitzlosen Klassen in dem Maße als ihr Selbstgefühl und ihre Ansprüche am Lebensgenuß allmählich steigen, sich auf Kosten der besitzenden Klassen die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche zu verschaffen streben.

Auf eine Heilung dieser Krankheit durch repressive Mittel wird man verzichten müssen; dieselbe kann das nur langsam fortschreitende Werk ... der fortschreitenden Bildung und Erfahrung (und) und eine Reihe legislativer und administrativer Maßregeln ... zur Beseitigung der Hindernisse ... (sein), die der Erwerbstätigkeit der besitzlosen Klassen im Wege stehen.

(Bis dahin muß die Regierung) die Gesellschaft gegen den Versuch eines gewaltsamen Angriffs auf den Bestand des Besitzes schützen. Mit bloß polizeilichen Mitteln ist diese Aufgabe ... nicht zu lösen. ... (Man muß) jede Vorbereitung zu einem gewaltsamen Angriff ... bestrafen ... können. Zu diesem Zweck bedarf es geeigneter Gesetze. ...<<

Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp (1812-1887) erklärt im Jahre 1872 vor seinen Arbeitern in Essen (x239/96): >>... Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungerechtfertigte Forderungen ab, werde, wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvor kommen; fordere daher alle diejenigen, welche damit sich nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher, desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorzukommen. ...

Ich (will) in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Landarbeiter auf dem schlesischen Gut seines Onkels im Jahre 1872 (x233/111): >>Ich brachte diesmal ... die Freude am neuen Deutschen Reich ... in das ärmliche Gutsleben mit. Das Echo im besten Fall war Gleichgültigkeit. Wenn ich mit übernommenem Enthusiasmus von Bismarck, Moltke und anderen sprach, war entweder ein tückisches Schweigen die Antwort, oder Moltke wurde ein Feigling genannt, der sich immer wohlweislich hinterm Berge gehalten und andere ins höllische Feuer geschickt habe.

Die Siegesfreude, die deutsche Einheit, ... der Taumel des Erfolges, kurz, alles, was die Lehrer in den Schulen, das Bürgertum und einen Teil des Adels begeisterte, hatte hier nur stille Wut und dumpf entschlossenen Haß ausgelöst. ...

Diese Landsleute, denen man vielfach scharfen Verstand und durchdringenden Blick nicht absprechen konnte, waren auch religionsfeindlich, steckten im Heidentum. Man hätte ihnen ... mit Jesus Christus nicht kommen dürfen. ...

Bismarck, Moltke, der Kaiser, hieß es, täten für die armen Leute nichts. Den Eltern würden die Kinder ... genommen, und diese müßten sich drei Jahre lang um nichts und wieder nichts beim Militär schinden lassen. ...

Der Reichstag bestand aus einem Haufen von Betrügern und Nichtstuern. In dieser Art, die Welt zu betrachten, die vaterländischen Dinge zu beurteilen, herrschte völlige Einigkeit, und niemand war davon abzubringen. ...

Beiläufig sei gesagt, daß unter diesen Leuten, die täglich 11 Stunden mit gekrümmten Rücken Rüben hackten oder eine andere Arbeit taten, die Weiber 50 Pfennige, die Männer eine Mark Tagelohn erhielten. ...<<

Da die katholische Kirche, die im Deutschen Reich nur noch in der Minderheit ist, verstärkt gegen einige Gesetze des Deutschen Reichstages protestiert, schränkt Bismarck ab 1872 die bisherigen großen "weltlichen" Kirchenrechte erheblich ein. Danach beginnt ein erbitterter "Kulturkampf" um die umstrittenen Abgrenzungsfragen der Staats- und Kirchenrechte. Bismarck läßt die kirchliche Schulaufsicht (1871/72), die kirchlichen Standesämter (1874/75) und die kirchlichen Ausbildungsprüfungen der Geistlichen an staatliche Einrichtungen übertragen. Der Jesuitenorden wird per Reichsgesetz verboten. Sämtliche Jesuiten müssen ab Juli 1872 das Deutsche Reich verlassen. Außerdem untersagt Bismarck, der selbst ein frommer Christ ist, per Gesetz alle politischen Kanzelreden.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagert sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und verändert die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewinnt überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernimmt das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Ein nordamerikanischer Studienfreund Bismarcks berichtet von einem Gespräch über die Unzulänglichkeit allen menschlichen Handelns, das er im Jahre 1872 mit dem Reichskanzler führt (x259/287-288): >>Er sagt, als er noch jünger war, habe er sich für einen ganz klugen Burschen gehalten, aber sich allmählich überzeugt, daß niemand wirklich mächtig und groß sei, und er müsse darüber lachen, wenn er sich preisen höre als weise, vorherrschend und als übe er große Macht aus in der Welt.

Ein Mann in seiner Stellung sei genötigt, während Unbeteiligte erwägen, ob es morgen Regen oder Sonnenschein geben würde, prompt zu entscheiden: es wird regnen oder es wird schön Wetter sein, und demgemäß zu handeln mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.

Hatte er recht geraten, so rufe alle Welt: welche Weisheit, welche Prophetengabe! Hatte er unrecht, so möchten alle alten Weiber mit Besenstielen nach ihm schlagen. - Wenn er weiter nichts gelernt hätte, so hätte er Bescheidenheit gelernt.<<

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden können, befürchtet Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, muß das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkt deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wird von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft,

denn sie fürchten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versucht Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schließt gleichzeitig zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigen sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbricht (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sichern damals den Frieden in Europa, denn sie verhindern in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen. Bismarck plant langfristig einen europäischen Festlandblock (Deutsches Reich, Frankreich und Rußland) und die Aufteilung der zersplitterten Habsburger Monarchie (Lösung der Balkanwirren). Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks Außenpolitik (x057/-167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik (Hinterindien, Nordafrika) sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein (1885). Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm ihren Anfang (1887) und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen (Dreikaiserabkommen 1872). ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1872-1878 (x804/905-907): >>(Deutschland) ... Nachdem das Deutsche Reich begründet war, galt es, dasselbe weiter auszugestalten. Dieser Aufgabe unterzog sich der Reichskanzler mit gewohnter Tatkraft, und der Reichstag unterstützte ihn bereitwilligst. ...

Über die Verteilung der französischen Kriegsentschädigung, welche wider Erwarten rasch abbezahlt wurde, insgesamt 4.219 Millionen Mark, wurde 1872 und 1873 Beschluß gefaßt. ... Die Münzreform wurde durch das Gesetz vom 24. Januar 1873 zum Abschluß gebracht. Der Antrag auf Erweiterung der Reichskompetenz auf das gesamte bürgerliche und Strafrecht sowie das gerichtliche Verfahren, welchen Lasker schon 1871 eingebracht hatte, gegen den aber die süddeutschen Königreiche Widerstand leisteten, wurde 1873 auch von der Reichsregierung angenommen. Ferner wurde ein Reichseisenbahnamt eingerichtet und die deutsche

Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen eingeführt, das nun 15 Abgeordnete in den Reichstag sandte.

Die auswärtige Politik entsprach durchaus den wiederholten Versicherungen der Thronreden, daß Deutschland als höchstes Ziel die Aufrechterhaltung des Friedens erstrebe. Die vielfachen Herausforderungen der revanchelustigen Franzosen blieben unbeachtet. Das Reich bemühte sich dagegen, seine Stellung durch freundschaftliche Beziehungen zu den benachbarten Kaiserreichen zu befestigen.

Dies gelang durch die Dreikaiserzusammenkunft, welche vom 5.-12. September 1872 in Berlin stattfand. Alexander II. von Rußland und Franz Joseph von Österreich waren von ihren Ministern Gortschakow und Andrassy begleitet, und wenn auch förmliche Verträge nicht abgeschlossen wurden, so einigten sich doch die drei Kaisermächte über eine gemeinsame Politik zur Erhaltung des Friedens und der bestehenden Verhältnisse. Ihnen schloß sich 1873 der König Viktor Emanuel von Italien an, der im September, von zwei Ministern begleitet, Kaiser Wilhelm in Berlin einen Besuch abstattete.

Dagegen machten sich die Wirkungen des in Preußen ausgebrochenen kirchenpolitischen Kampfes auch in den Reichsverhältnissen mehr und mehr bemerkbar. Die Partei des Zentrums ... verwandelte sich allmählich in eine schroffe Oppositionspartei, um welche sich alle partikularistischen und reichsfeindlichen Elemente im Reichstag gruppierten.

Während im preußischen Landtag der Streit über die Maigesetze immer heftiger entbrannte, forderten auch im Reichstag mehrere Gesetzanträge den Widerstand der Ultramontanen heraus, zunächst der vom bayerischen Minister Lutz beantragte "Kanzelparagraph", wonach Geistliche, welche öffentlich oder in der Kirche für den öffentlichen Frieden gefährliche politische Agitation trieben, strafbar sein sollten. Derselbe wurde am 28. November 1871 vom Reichstag angenommen. Ihm folgte 1872 das Jesuitengesetz vom 4. Juli 1872, durch welches die Niederlassungen der Jesuiten und der ihnen verwandten Orden aufgelöst und ihre ausländischen Mitglieder ausgewiesen wurden.

... Papst Pius IX. verschärfte den Konflikt, indem er 1872 den gemäßigten Kardinal Hohenlohe als deutschen Gesandten bei der Kurie zurückwies, ... 1873 heftige Drohungen gegen das neue Deutsche Reich ausstieß und sich am 7. August mit einem sehr anmaßenden Schreiben an den Kaiser selbst wandte. Unterstützt von der gesamten Geistlichkeit, riefen nun die Ultramontanen das ganze katholische Volk zum Kampf für die Freiheit der Kirche auf und erzielten hierdurch bei den Wahlen zum zweiten deutschen Reichstag, welche am 10. Januar 1874 stattfanden, beträchtliche Erfolge, besonders in Süddeutschland, wo sie sich mit den Partikularisten verbanden.

Sie zählten 101 Mitglieder; dazu kamen die Elsaß-Lothringer, die Polen und die Sozialdemokraten (9), so daß die grundsätzliche Opposition auf 140 Stimmen stieg. Die Nationalliberalen zählten 155 Mitglieder und bildeten, je nachdem sie sich mit den Konservativen oder mit der Fortschrittspartei vereinigten, die Majorität. Immerhin gestalteten sich infolge des Anwachsens der Opposition die Verhandlungen des Reichstages lebhafter, ja stürmisch.

Am 16. Februar 1874 traten die elsass-lothringischen Abgeordneten in den Reichstag ein und beantragten nach einem Protest gegen die Annexion die nachträgliche Abstimmung über dieselbe oder wenigstens die Aufhebung der diktatorischen Vollmachten des Oberpräsidenten. Des letzteren Antrages nahmen sich die Ultramontanen an, so daß er am 3. März nur mit 195 gegen 138 Stimmen abgelehnt wurde.

Aufs heftigste bekämpfte das Zentrum den Antrag ... auf Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Zivilstandsregister, der am 28. März angenommen wurde, und das Gesetz über Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern (Expatriierungsgesetz), welches Internierung oder Ausweisung als Strafen festsetzte; dasselbe war für die Ausführung der preußischen Maigesetze notwendig und wurde am 25. April genehmigt.

Die wichtigste Vorlage der Session war das Reichsmilitärgesetz, welches bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung auf 401.659 Mann (1 Prozent der Bevölkerung) normiert sein solle. Hiergegen erhoben nicht nur die Ultramontanen und Sozialdemokraten, sondern auch die Fortschrittspartei und ein Teil der Nationalliberalen Einspruch. ...

Der Kaiser und seine höchsten militärischen Ratgeber, besonders Moltke, betonten entschieden die Notwendigkeit einer dauernden Festsetzung der Heeresstärke. Der Reichskanzler, der überdies krank war, erklärte, für den Fall der Ablehnung des Gesetzes seine Entlassung nehmen zu wollen. ...

Aus der Mitte der nationalliberalen Partei ging darauf der Antrag auf ein Kompromiß hervor, wonach die geforderte Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre festgesetzt werden sollte. Nachdem sich der Reichstag und die Militärverwaltung mit diesem Antrag einverstanden erklärt hatten, wurde derselbe am 20. April mit 214 gegen 123 Stimmen vom Reichstag angenommen. Selbst einige Mitglieder der Fortschrittspartei (Berger, Löwe und andere) stimmten für denselben, wurden freilich deshalb zum Austritt aus der Fraktion gezwungen. Nur das Zentrum bewahrte seine unversöhnlich oppositionelle Haltung.

Der Streit zwischen Deutschland-Preußen und der Kurie übte nicht bloß auf die inneren Verhältnisse seinen Einfluß, sondern machte sich auch in der äußeren Politik bemerkbar.

In Frankreich, Belgien und Spanien traten die Klerikalen besonders feindselig gegen Deutschland auf; die Bischöfe erließen aufhetzende Hirtenbriefe, und der von der Kurie begünstigte klerikale Thronprätendent Don Carlos ließ einen deutschen Hauptmann und Kriegskorrespondenten, Schmidt, als Spion erschießen. Bismarck erwirkte von der französischen und belgischen Regierung ein Einschreiten gegen die Bischöfe und gegen die klerikale Presse und erkannte nicht nur selbst die liberale Herrschaft Serranos in Spanien an, sondern bewog auch die meisten anderen Mächte zu dem gleichen Schritt.

Als der Botschafter in Paris, Graf Arnim, sich mit der legitimistischen Partei einließ und Bismarcks Ansicht, daß die republikanische Staatsform Frankreichs für Deutschland am vorteilhaftesten sei, bekämpfte, wurde er abberufen und später sogar in einen Prozeß verwickelt.

Der ultramontane Abgeordnete Jörg unternahm daher im Reichstag am 4. Dezember 1874 einen Angriff auf Bismarcks auswärtige Politik und entfesselte durch die Erwähnung des Kullmannschen Attentats auf Bismarck (13. Juli in Kissingen) einen heftigen Sturm, der mit einer Niederlage der Klerikalen endete.

In der Wintersession des Reichstages vom 29. Oktober 1874 bis (zum) 30. Januar 1875 wurde der Etat, zum erstenmal auch der Militäretat, beraten und eine Reihe wichtiger Gesetze vereinbart, so: das Landsturmgesetz, das Gesetz über die Naturalleistungen für das Heer, das Reichsbankgesetz und das Zivilehegesetz.

Die Justizreformgesetze, welche die Gerichtsorganisation, die Zivil- und die Strafprozeßordnung betrafen, wurden am 24. November 1874 eingebracht und einer Kommission überwiesen, welche über die Session hinaus ihre Tätigkeit fortzusetzen ermächtigt wurde. Auch in dieser Session kam es übrigens zu einem Zerwürfnis zwischen dem Reichskanzler und dem von Lasker geführten Teil der Nationalliberalen, der einen klerikalen Antrag unterstützte. Bennigsen versöhnte den Kanzler durch ein am 18. Dezember von ihm veranlaßtes Vertrauensvotum.

Noch deutlicher wurde der Zwiespalt zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen in der Reichstagssession im Winter 1875 auf 1876. ... Pläne Bismarcks, durch ein Eisenbahngesetz das zersplitterte Eisenbahnwesen in Deutschland einheitlich zu regeln oder die bedeutendsten deutschen Bahnen für das Reich zu erwerben, scheiterten an dem Widerstand der Mittelstaaten im Bundesrat.

Der Reichskanzler gab seine Absichten keineswegs auf, beschloß vielmehr, sie teils in anderer

Form zu verwirklichen, indem er die preußischen Eisenbahnen für den Staat erwarb ...

Denn er erkannte, daß man, getäuscht durch den enormen Aufschwung im Handel und Gewerbe nach dem Krieg, welcher sich seit 1874 als ungesund, zum Teil als schwindelhaft herausstellte und mit einem bedenklichen Zusammenbruch vieler Geschäfte endete, in der Begünstigung des Freihandels zu weit gegangen war, die deutsche Industrie und Landwirtschaft in vielen Beziehungen dem Ausland gegenüber wehrlos gemacht und dadurch die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten empfindlich geschädigt hatte.

Für sein neues Wirtschaftssystem brauchte der Reichskanzler neue Organe, und so erhielt Delbrück am 1. Juli 1876 seine Entlassung und wurde durch Hofmann ersetzt. ...

Der Reichskanzler, der Ende März seiner erschütterten Gesundheit wegen ein Entlassungsgesuch eingereicht und nach dessen Ablehnung durch den Kaiser einen unbestimmten Urlaub erhalten hatte, blieb das ganze Jahr 1877 von Berlin entfernt in Friedrichsruh oder Varzin (Schloß Bismarcks in Ostpommern). Doch beschäftigte er sich eifrig mit der Steuerreform und faßte den Plan ... mit den Nationalliberalen ein Bündnis zu schließen, das ihm eine feste Majorität im Reichstag sichern sollte. Er hatte zu diesem Zweck Weihnachten 1877 in Varzin mit Bennigsen längere Besprechungen, die aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten. ...

Als nun der Reichstag am 6. Februar 1878 wieder eröffnet wurde, legte die Reichsregierung statt einer umfassenden Steuerreform nur zwei Gesetzentwürfe über die Übertragung des Spielkartenstempels und anderer Stempelabgaben auf das Reich sowie über eine Erhöhung der Tabaksteuer vor. ... Anstatt der gewünschten Tabaksteuererhöhung beschloß der Reichstag eine Tabaksteuerenquete und knüpfte die Bewilligung der hierfür geforderten Mittel an die Bedingung, daß ein Tabakmonopol nicht beabsichtigt und ein umfassender Steuerreformplan ausgearbeitet werde.

Da seine Krankheit noch nicht beseitigt war, so zog sich Bismarck im März auf das Land zurück, nachdem seine Stellvertretung durch ein besonderes Gesetz geordnet und dieselbe im allgemeinen dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Grafen Stolberg-Wernigerode, übertragen worden war.

Da unternahm am 11. Mai 1878 der Leipziger Klempnergeselle Max Hödel einen glücklicherweise erfolglosen Mordversuch auf den Kaiser, als derselbe die Berliner Linden entlang fuhr. Derselbe warf ein erschreckendes Licht auf die sittliche Verwilderung eines Teiles der Nation und auf die Gefahren der sozialdemokratischen Wühlerei, deren furchtbares Anschwellen schon die Reichstagswahlen von 1877 gezeigt hatten.

Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, weiteren Ausschreitungen durch ein Gesetz (Sozialistengesetz) vorzubeugen, welches auf drei Jahre die Verfolgung sozialdemokratischer Ziele gewissen Ausnahmemaßregeln unterwarf. Sie legte den Entwurf am 21. Mai dem Reichstag vor, aber schon am 24. Mai lehnte die liberale und ultramontane Mehrheit denselben ab, indem sie die Regierung darauf hinwies, erst die ihr zu Gebote stehenden Mittel der Repression besser auszunutzen.

Indes die Ereignisse gaben der Mehrheit unrecht: am 2. Juni erfolgte das zweite Attentat Karl Nihilings auf den Kaiser, durch welches derselbe schwer verwundet wurde, so daß er am 4. Juni dem Kronprinzen seine Stellvertretung übertragen mußte.

Unter dem Eindruck des schrecklichen Ereignisses setzte Bismarck am 12. Juni im Bundesrat die Auflösung des Reichstages und die Anberaumung der Neuwahlen auf den 30. Juli durch. Er war besonders zornig auf die liberalen Parteien, sowohl auf die Fortschrittspartei, welcher er den Namen einer Ordnungspartei geradezu absprach, und die er fast der Sozialdemokratie gleichstellte, als auf die Nationalliberalen, die er beschuldigte, ihn im Stich gelassen zu haben, und ließ durch die Beamten wie durch die Regierungspresse beide Parteien aufs heftigste bekämpfen, während Ultramontane und Partikularisten unbehelligt blieben.

Das Ergebnis der Wahlen vom 30. Juli war daher zwar, daß die Liberalen fast 40 Sitze verlo-

ren und die Fortschrittspartei auf 24, die Nationalliberalen auf 101 Mitglieder sich verringerten, während die Konservativen und die Reichspartei auf je 57 Mitglieder stiegen. Dagegen wuchs das Zentrum auf 93 Mitglieder nebst 9 welfischen Hospitanten, und die Sozialdemokraten behaupteten 9 Wahlkreise.

Eine konservative Mehrheit hatte also der Reichskanzler nicht erlangt, und da die Ultramontanen sich im Wahlkampf, um Stimmen zu erobern, unbedingt gegen alle Ausnahme Gesetze verpflichtet hatten, so mußte er sich, um das von neuem vorgelegte Sozialistengesetz genehmigt zu erhalten, in der am 9. September eröffneten außerordentlichen Reichstagsession mit den Nationalliberalen verständigen und manche Änderungen derselben an dem Gesetz zulassen. Dasselbe wurde am 19. Oktober mit 221 gegen 149 Stimmen auf 2½ Jahre (bis 31. März 1881) genehmigt, sofort veröffentlicht und zur Unterdrückung sozialdemokratischer Vereine und Zeitungen energisch angewendet.

Der inzwischen genesene Kaiser kehrte am 5. Dezember nach Berlin zurück und übernahm wieder die Regierungsgeschäfte.

Ein erfreulicheres Bild als die inneren Zustände Deutschlands bot seine äußere Lage dar. Ja, während der Kaiser an seinen Wunden schwer daniederlag, während die Wahlkämpfe tobten, war die Reichshauptstadt Berlin zum erstenmal der Sitz eines Kongresses der bedeutendsten europäischen Staatsmänner. Dieser Berliner Kongreß war zur Regelung der orientalischen Frage berufen worden.

Die Hetzereien panslawistischer Agitatoren hatten auf der Balkanhalbinsel von neuem Aufstände und kriegerische Verwickelungen hervorgerufen, welche Rußland zum Anlaß genommen hatte, als Protektor der slawischen Christen der Türkei 1877 den Krieg zu erklären. Der Reichskanzler hatte sich vergeblich bemüht, den Ausbruch desselben zu verhindern. Nachdem er ausgebrochen, strebte er vor allem danach, ihn auf die Balkanhalbinsel zu beschränken und ihn nicht zu einem europäischen Krieg werden zu lassen. Er setzte allen seinen Einfluß daran, Österreich von einer Einmischung abzuhalten, und beobachtete selbst die strengste Neutralität. ...<<

Großbritannien: Der britische Staatsmann Benjamin Disraeli (1804-1881, tritt 1817 vom Judentum zur anglikanischen Kirche über, 1868 sowie 1874-80 Premierminister) fordert am 24. Juni 1872 während einer Veranstaltung der Konservativen Partei in London eine "neue Kolonialpolitik" (x239/172): >>Wenn Sie auf die Geschichte dieses Landes ... blicken, so werden Sie finden, daß keine Bemühung ... von so viel Energie unterstützt und mit so viel Fähigkeit und Scharfsinn vorangetrieben worden ist, wie die Versuche des Liberalismus, die Desintegration (Auflösung) des Englischen Empire zu erreichen. ...

Es ist uns allen bewiesen worden, daß wir durch unsere Kolonien Geld verloren haben. Es ist mit mathematischer Genauigkeit nachgewiesen worden, daß es noch nie ein Juwel in der Krone Englands gegeben hat, das so wahrhaft teuer gewesen ist, wie der Besitz Indiens. ...

Meiner Meinung nach wird kein Minister in diesem Lande seine Pflicht tun, der eine Gelegenheit versäumt, so weit wie möglich unser koloniales Weltreich wiederaufzubauen. ...<<

China: Der deutsche Geograph Ferdinand Freiherr von Richthofen (1833-1905, reist durch Süd- und Ostasien sowie Kalifornien, erforscht von 1868-72 China) schreibt um 1872 über seine Forschungsreise durch China (x239/193): >>Jetzt versuche ich, etwas mehr Aufmerksamkeit für einen neuen Handelsweg nach dem südwestlichen China zu erregen, den die Franzosen in Angriff nehmen, während die anderen Nationen mit verbundenen Augen zusehen. ... Es handelt sich dort um die Hebung großer Schätze von Kupfer, Zinn und anderen Metallen, die außerordentlich billig produziert werden, bis jetzt aber nie einen Ausweg finden konnten.

...

Allein China birgt andere Schätze für den Weltmarkt, welche ihrer Hebung warten. Der Bedeutendste unter ihnen ist die unermesslich große, überaus billige und intelligente Arbeitskraft.

... Das mechanische Talent des Chinesen macht es ihm leicht, auf allen Gebieten der technischen Industrie die ihm gelehrt Handgriffe mit Geschicklichkeit auszuführen. Zähle Ausdauer und äußerste Geduld unterstützen dabei sein Aneignungstalent. ... Er erfüllt am vollkommensten das Ideal einer menschlichen Arbeitsmaschine, nicht allein, weil er gleichförmig wie eine Maschine, sondern auch weil er zugleich intelligent arbeitet. ...

Fremdes Kapital wird nicht verfehlen, die Gelegenheit zur billigen Herstellung von Manufakturen für den Weltmarkt zu benutzen. ...<<

1873

Ich bin als Junker geboren, aber meine Politik war keine Junkerpolitik. Ich bin Royalist in erster Linie, dann ein Preuße und ein Deutscher. ... Ich will ein gesundes Deutschland herstellen und hinterlassen.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Deutsches Reich: Der preußische Staat kontrolliert ab 1873 die Priesterausbildung und kirchliche Anstellungen.

Am 10. März 1873 begründet Bismarck den preußischen Kulturkampf (x056/267, x239/152):

>>Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, ... wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, ... nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, ... sondern um den uralten Machtstreit ... zwischen Königtum und Priestertum ...<<

>>... Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen. ...

Das Programm ist bekannt. ... Das Programm ... ist die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche. ...

Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, ... ist zu beurteilen, wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. ...

Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, ... wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte.

Es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks "Kulturkampf" (x057/166): >>Schon gleich nach der Reichsgründung war die Zentrumsparterie in offenem Gegensatz zu Bismarck getreten. Als eine Anzahl geistlicher Lehrer an Schulen und Universitäten sich dem Unfehlbarkeitsdogma des Papstes, das vom Vatikanischen Konzil in Rom verkündet war (1869/70), nicht unterwerfen wollte ("Altkatholiken"), forderte die katholische Kirche deren Absetzung durch den Staat. Die Regierungen der Bundesstaaten weigerten sich, und der alte Streit zwischen Staat und Kirche war wieder ausgebrochen ("Kulturkampf").

In Preußen ergingen die "Maigesetze" (1873), wonach dem Staat ein wesentlicher Einfluß auf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen eingeräumt worden war. Ferner wurden die Jesuiten und Mitglieder verwandter Orden ausgewiesen, die staatliche Aufsicht über die Volksschulen eingerichtet und die standesamtliche Zivilehe an Stelle der kirchlichen eingeführt. Zahlreiche Bischöfe und Pfarrer, die sich nicht fügten, wurden mit Gefängnis bestraft. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, so daß Bismarck sich zur Aussöhnung und Rücknahme der Maigesetze bereit finden mußte, als Leo XIII. den päpstlichen Thron bestieg

(1878). Nur die Ausweisung der Jesuiten, die staatliche Schulaufsicht und die Zivilehe blieben bestehen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 20.01.2007) über Bismarcks "Kulturkampf" (x887/...): >>"Nach Canossa gehen wir nicht!"

Der Kulturkampf führte zu einer tragischen Belastung des Verhältnisses vieler deutscher Katholiken zu Preußen und dem Kaiserreich

Am 25. Januar eines jeden Jahres ist für geschichtskundige Deutsche Canossa-Tag: Sie erinnern sich der Selbstdemütigung des deutschen Königs Heinrich IV. vor Papst Gregor VII., die am 25. Januar vor 930 Jahren begann und drei Tage währte. Nach dem Verständnis der damaligen Christenheit konnte der vom Papst exkommunizierte, gebannte und abgesetzte König nur so seinen Thron retten.

Bismarck spielte auf dieses Ereignis des Investiturstreites an, als er am 14. Mai 1872 im beginnenden Kulturkampf in einer Reichstagsdebatte ausrief: "Seien Sie außer Sorge: Nach Canossa gehen wir nicht - weder körperlich noch geistig!" Indem der Reichskanzler das Canossa-Ereignis für seine Auseinandersetzung mit der Zentrumspartei und der katholischen Kirche in Preußen und im Reich instrumentalisierte, löste er viel Zustimmung, aber auch negative Nachwirkungen aus, die bis heute nicht ganz abgeklungen sind.

Noch 1872 wurde eine Gedenkmünze geprägt: Bismarck auf der Vorderseite als Verteidiger der neuen Kaiserherrschaft, auf der Rückseite eine Germania, die mit Schwert und Bibel gegen den Papst mit seiner Bannbulle kämpft, dazu die Devise: "Nicht nach Canossa!" 1877 wurde an der Stelle der früheren Harzburg Heinrichs IV. eine Canossa-Säule mit dem Porträt des Kanzlers und seinem Ausspruch (der bald schon zu einem geflügelten Wort wurde) errichtet. Bismarck hatte sein Einverständnis gegeben: "Ich sehe in diesem Vorhaben eine neue Bekundung des Einverständnisses und der Unterstützung der Abwehr der Übergriffe, mit welchen noch heute deutsches Leben von römischer Herrschaft bedroht wird."

Als Bismarck 1871 aus dem Deutsch-Französischen Krieg zurückkehrte, fühlte er sich durch die Formierung der Zentrumspartei ungeheuer provoziert. Diese politische Kraft wollte im protestantisch geprägten neuen Kaiserreich und dem ähnlich strukturierten Preußen die Interessen des katholischen Volksteils mit dem Ziel konfessioneller Parität vertreten. Da Bismarck das 1870 proklamierte päpstliche Unfehlbarkeitsdogma mißverstand, fürchtete er, Papst Pius IX. werde die Zentrumspartei fernsteuern mit dem Ziel, das mühsam geschaffene Deutsche Reich zu zerstören. Daher verbündete sich Bismarck mit den Liberalen, um die vermeintlich drohende "Priesterherrschaft" zu verhindern.

Die Liberalen ganz Europas hatte Pius IX. gegen sich aufgebracht, als er 1864 im "Syllabus errorum" 80 "Zeitirrtümer" verurteilte und damit alles, was die Liberalen als neuzeitlich-modern ansahen, verdamnte. Nach der Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas sahen die Liberalen nun Bischöfe, Priester und Ordensleute als willenslose Werkzeuge eines Herrschsüchtigen in Rom, die in des Papstes Auftrag die Gewissen der Gläubigen knebelten.

Der Erfinder des Schlagwortes "Kulturkampf", der liberale Politiker und weltberühmte Naturwissenschaftler Virchow, forderte daher die Unterordnung der Kirche unter den Staat als eine Notwendigkeit, wenn die moderne Zivilisation und Kultur vor der Zerstörung durch kirchliche Dunkelmänner bewahrt werden sollten.

Durch Gesetze und Verordnungen im Reich und in den Ländern, durch heftige juristische und administrative Verfolgung sowie durch einen vehementen Propagandakrieg wurde dieser Kulturkampf betrieben. Dabei erlitt die Seelsorge der katholischen Kirche schwere Schäden.

So war etwa 1881 die kirchliche Organisation Preußens in starkem Maße zerfallen. Bischöfe waren im Gefängnis oder im Exil, viele Priester inhaftiert oder des Landes verwiesen, 601 Pfarren mit 1,5 Millionen Katholiken gänzlich verwaist und 1.225 von 4.627 Pfarreien ohne Pfarrer. 645 Kapläne fehlten. Der durch Polizisten vom Altar geholte Priester, der Gläubige,

der keine Sonntagsmesse mitfeiern konnte, der Sterbende, der vergeblich nach den Sakramenten verlangte - solche Pseudo-Erfolge erzielte die kulturkämpferische Beamtenschaft.

Aber Bismarck hatte derartiges nicht gewollt. Ihm ging es um die Niederwerfung der "ultramontanen" Partei (ultra montes = jenseits der Berge, also der Alpen; auf den römischen Papst hin orientiert), um die Zurückdrängung der "Priesterherrschaft". Eingetreten war das Gegenteil: Das Zentrum wurde durch erbitterte Katholiken in den Wahlen gewaltig gestärkt, viele Gläubige waren fanatisiert, der Staat triumphierte mit seiner Machtfülle nur äußerlich. Zwar erfolgte eine Neufestlegung der Grenzen von Kirche und Staat im Sinne des alten Staatskirchentums, aber von Klerus und Kirchenvolk wurde sie nicht akzeptiert.

Der kluge Realpolitiker Bismarck machte sich also Gedanken über eine Kursänderung. Eine solche war deshalb schwer durchsetzbar, weil auch die kirchliche Seite wiederholt unklug agiert und reagiert hatte. So hatte etwa Pius XI. am dritten Jahrestag der Reichsgründung, dem 18. Januar 1874, deutschen Rompilgern dargelegt:

"Bismarck ist die Schlange im Paradies der Menschheit. Durch diese Schlange wird das deutsche Volk verführt, mehr sein zu wollen als Gott selbst, und dieser Selbstüberhebung wird eine Erniedrigung folgen, wie noch kein Volk sie hat kosten müssen. Nicht Wir, nur der Ewige weiß, ob nicht das Sandkorn an den Bergen der ewigen Vergeltung sich schon gelöst hat, das, im Niedergange zum Bergsturz wachsend, in einigen Jahren an die tönernen Füße dieses Reiches anrennen und es in Trümmer wandeln wird; dieses Reich, das wie der Turm zu Babel Gott zum Trotze errichtet wurde und zur Verherrlichung Gottes vergehen wird."

Erst unter dem Nachfolger, Leo XIII., war an einen allmählichen Abbau der Kulturkampfmaßnahmen zu denken. Bismarck ging keineswegs nach Canossa, aber er nahm vom Papst den Christusorden entgegen. Unter Wilhelm II. söhnten sich dann die reichsdeutschen Katholiken immer mehr mit dem Hohenzollernstaat aus, wollten durch eine betont patriotische Haltung die kulturkämpferischen Parolen von den national unzuverlässigen "Ultramontanen" Lügen strafen.

Bei einer Minderheit von Katholiken aber wurde als Folge der schlimmen Kulturkampf Erfahrungen zumindest ein antipreußischer Affekt, wenn nicht gar Haß auf Preußen und auf "Preußen-Deutschland", von Generation zu Generation weitergegeben.

Canossa-Tag und Bismarcks geflügeltes Wort - sie verweisen auf ein deutsches Verhängnis, das bis heute noch nicht ganz überwunden ist.<<

Während des preußischen "Kulturkampfes" bekämpft die Regierung die katholische Kirche auch in den "neuen Provinzen" und versucht die polnische Bevölkerung mit allen Mitteln zu germanisieren. In den polnischen Schulen wird ab 1873 die polnische Unterrichtssprache verboten und seit 1876 gilt nur noch die deutsche Amtssprache.

Im Oktober 1873 ereignet sich an der Berliner Börse ein Kurssturz, da zahlreiche Aktiengesellschaften in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Hauptursachen für die Börsenkrise sind jedoch vor allem Firmenzusammenbrüche in Ungarn, Österreich und in den USA aufgrund von Spekulationsgeschäften (x092/603).

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über die Folgen dieser Finanzkrise für die jüdische Bevölkerung (x051/29): >>Antisemitismus ... Grundlage des Antisemitismus bildete die Minoritätensituation, in der die Juden in vielen europäischen Nationalgesellschaften lebten. Die Minorität der Juden wurde, wie grundsätzlich auch andere Minoritäten, zum Objekt der Aggression für die Majorität. Die Juden übernahmen die Rolle des Sündenbocks, dem man die Schuld oder doch wenigstens die Mitschuld am nationalen Unglück zuschrieb.

Als der historische Augenblick für die Entstehung des modernen Antisemitismus in Deutschland ist die ökonomische und soziale Krise von 1873 anzusehen, die "Gründerkrise", die Teil einer Weltwirtschaftskrise war und eine Phase der Depression einleitete. Ein tiefer Pessimismus griff um sich und äußerte sich als Kritik am "Geist des Kapitalismus".

Negativ wirkte sich nun auch die Schwäche des politischen Liberalismus in Deutschland aus, dem es bisher nicht gelungen war, die Gesellschaft tiefgreifend zu prägen. Die Krise wurde von den antiliberalen Kräften als Chance für eine Gegenbewegung begriffen, in der die Gesellschafts- und Kulturpolitik eine zentrale Stellung einnahm.

Seit Mitte der 1870er Jahre entwickelte sich eine antisemitische Publizistik, an der sich die ursprünglich liberale "Gartenlaube", die konservative "Kreuzzeitung" sowie katholische Blätter beteiligten. Ein erster Höhepunkt lag in der rassistischen Publizistik von Marr und den Massenversammlungen des Hofpredigers Stoecker während des Jahres 1879, als der Begriff Antisemitismus gebräuchlich wurde. Im November 1880 kam es aufgrund einer "Antisemiten-Petition" zu einer Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus, in der sich Fraktionsmitglieder der Konservativen und des Zentrums gegen die Juden äußerten.

In der ökonomischen Krise von 1873, die eine kapitalistische Systemkrise darstellte, wäre theoretisch auch eine Ableitung gesellschaftlicher Aggressionen auf die sozialistische Arbeiterbewegung denkbar gewesen.

Daß dann vorrangig die Juden angegriffen wurden, läßt sich aus den besonderen Bedingungen der jüdischen Existenz in Deutschland erklären. Die Juden bildeten im 18. Jahrhundert neben Bürgertum, Klerus und Adel eine Randgruppe der ständischen Gesellschaft. Der Prozeß der Überwindung der ständischen Gesellschaft verlief bei den Juden parallel zu dem des Bürgertums, war aber in Deutschland mit großen Schwierigkeiten, Rückschlägen und ständigen Kompromissen verbunden.

So wie sich das Bürgertum in Deutschland während des 19. Jahrhunderts immer wieder mit Teilmodernisierungen zufriedengeben mußte, ohne das es seinen Herrschaftsanspruch voll durchsetzen konnte, so war auch das Judentum auf Zwischenschritte im Prozeß der Emanzipation angewiesen.

Die Judenfrage blieb über mehrere Generationen ein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung; immer neue Diskussionen führten dazu, daß die antijüdischen Stereotypen, deren Wurzeln bis ins Mittelalter zurückreichten, stets neu belebt wurden.

So kann es nicht überraschen, daß wenige Jahre nach dem Abschluß der Emanzipation durch die Reichsgesetzgebung von 1871 die Judenfrage im Sinne des Antisemitismus neu aufgeworfen werden konnte.

Hinzu kam, daß die Juden als soziale Gruppe spezifische Merkmale aufwiesen, die ihre Verbindung mit der ökonomischen Krise nahelegten: Sie waren überdurchschnittlich in Banken, Handel und Presse tätig, sie profitierten von den Aufstiegsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems und waren vielfach "Wortführer der Traditionskritik und einer säkularisierten Kultur und Gesellschaft" (Rürup).

Wenn allerdings der Antisemitismus an den Judenhaß des Mittelalters und der frühen Neuzeit anknüpfte, so bestanden doch große Unterschiede.

Der Antisemitismus war eine Bewegung, der sich nicht wie der Judenhaß des Mittelalters gegen die Religion der Juden richtete, sondern sich an der Situation nach dem Abschluß der Emanzipation entzündete. ...<<

Italien: Papst Pius IX. kritisiert am 7. August 1873 in einem Brief an Kaiser Wilhelm I. die preußischen Kulturkampfgesetze gegen die katholische Kirche (x092/602): >>Majestät!

Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab.

Wenn ich mit mir selber darüber zu Rate gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßnahmen veranlaßt haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe auffinden kann.

Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Eurer Regierung nicht billigen. ...

Ich rede mit Freimut, denn mein Panier (Wahlspruch) ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. ...<<

Belgien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Belgiens von 1873-1884 (x802/658-659): >>(Belgien) ... Der lange zurückgedrängte Klerus machte sich nun die Herrschaft der ultramontanen Partei zu nutze, um in Belgien das Ideal eines ultramontanen Staates zu verwirklichen. Er beherrschte das ganze Volksschulwesen, hatte seine besonderen von Jesuiten geleiteten Gymnasien und eine eigene Universität, welche Anstalten weit stärker besucht waren als die vom Staat geleiteten.

Die Zahl der Klöster war binnen 20 Jahren von 779 mit 11.968 Mönchen und Nonnen auf 1.700 mit 22.600 Mönchen und Nonnen gestiegen, und in diesen Klöstern wurde die ganze weibliche Jugend aller Stände erzogen. Die Gemeinderats- und Kammerwahlen waren größtenteils von dem Klerus abhängig. Die Gesetze wurden von den Klerikalen nur so weit respektiert, als sie ihren Grundsätzen entsprachen.

So wurden 1873 von den Kirchhöfen, die in Belgien Gemeindeeigentum ohne konfessionellen Charakter sind, wiederholt solche Tote, welche im Leben sich der Kirche nicht gefügt hatten, ausgeschlossen oder nur unter beleidigenden Formalitäten zugelassen und eine Beschwerde darüber von der Kammer zurückgewiesen. Die Ursache dieser Mißstände lag in dem in die Verfassung aufgenommenen sehr bedenklichen Grundsatz von der Selbständigkeit der Kirche, von der Trennung der Kirche vom Staat, einem Grundsatz, welcher jahrzehntelang als staatsmännische Weisheit und als ein besonderer Vorzug Belgiens galt.

So war es nicht zu verwundern, wenn nach Erlaß des deutschen Jesuitengesetzes und der preußischen Maigesetze die belgische Presse eine sehr heftige Sprache gegen Deutschland führte, obgleich Belgien die Wahrung seiner Unabhängigkeit gegenüber den französischen Eroberungsplänen nur der Haltung Deutschlands zu danken hatte. Daß auch die ... Presse und die Bischöfe in ihren Hirtenbriefen dieses Beispiel nachahmten, ja Adressen an die preußischen Bischöfe erlassen wurden, welche diese zur weiteren Auflehnung gegen die Staatsgesetze aufforderten, veranlaßte den deutschen Reichskanzler 1874 und 1875 zu diplomatischen Schritten beim belgischen Ministerium, welche zur Folge hatten, daß die Sprache mäßiger wurde.

Die Mißstimmung im Land gegen die Herrschaft der klerikalen Partei wuchs inzwischen und verhalf den Liberalen bei den Gemeindewahlen vom 26. Oktober 1875 zu mehreren Siegen. Auch vollzog sich allmählich eine Annäherung zwischen den flämischen und den wallonischen Liberalen, welche die schroff ablehnende Haltung der alten Doktrinäre gegen die flämische Sprache aufgaben. Aber die Hoffnung, daß schon am 13. Juni 1876 bei der Neuwahl der Hälfte der Kammern die klerikale Majorität gestürzt werden könne, erfüllte sich noch nicht.

Durch rücksichtslosen Terrorismus und offenbare Wahlkorruption errang der Klerus namentlich in Antwerpen wiederum den Sieg. Bara beantragte im Namen der Liberalen nach Eröffnung der Kammern am 14. November die Beanstandung der Wahlen in Antwerpen, Brügge und Ypern, indem er die von der Geistlichkeit ausgeübte Wahlkorruption enthüllte. Aber die Wahlen wurden am 23. November sämtlich von der klerikalen Majorität genehmigt, und Malou versprach nur fürs nächste Jahr die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Wahlkorruption.

Dieses Gesetz, welches übrigens auch die Zahl der städtischen Deputierten vermehrte, wurde am 7. Juli 1877 mit 73 gegen 22 Stimmen von der Zweiten Kammer angenommen, nachdem Malou einen Paragraphen, welcher die Beeinflussung der Wahlen im Beichtstuhl für erlaubt erklärte, zurückgezogen hatte.

Diese Nachgiebigkeit gegen die Liberalen erbitterte die Geistlichkeit aufs höchste. Die eigentlichen Ultramontanen waren überhaupt mit der Regierung, so willfährig sie sich auch gezeigt

hatte, in keiner Weise zufrieden.

Während sie früher die belgische Verfassung mit dem Grundsatz der Freiheit der Kirche als Muster hingestellt, Presse- und Vereinsfreiheit gepriesen hatten, erklärten sie nun, da die Kirche ihre Freiheit zu einer ungeheuren Machtentfaltung benutzt hatte und der Papst in Belgien mächtiger war als in Rom selbst, da sie mithin hoffen konnten, Belgien zu einem zweiten Kirchenstaat umzugestalten, diese vielgerühmte Verfassung für gottlos und mit den Rechten der Kirche unvereinbar und forderten, daß die politischen und sozialen Verhältnisse nach den Vorschriften des Syllabus geordnet werden müßten.

Diese Ausschreitungen schwächten jedoch die Klerikalen als politische Partei und stachelten die Liberalen zur Einheit und zur äußersten Kraftanstrengung bei den Ergänzungswahlen an, welche am 11. Juli 1878 stattfanden. Und wirklich errangen die Liberalen einen über alle Erwartung glänzenden Sieg, indem ihnen namentlich Antwerpen zufiel, so daß sie im Senat eine Majorität von sechs, in der Zweiten Kammer eine von elf Stimmen erhielten. ...

Die Kammern wurden im Juli zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen und genehmigten vor allem die Errichtung eines Unterrichtsministeriums, um ein neues Unterrichtsgesetz auszuarbeiten, das die Herrschaft des Klerus über die Schule einzuschränken bestimmt war. Das neue Gesetz wurde den Kammern 1879 vorgelegt; es ging im wesentlichen auf das Gesetz von 1842 zurück, das der Klerus bisher einfach unbeachtet gelassen (hatte), erneuerte und verschärfte die Bestimmungen über die Staatsaufsicht und beschränkte die Tätigkeit der Geistlichkeit auf den Religionsunterricht. Das Gesetz wurde nach langen Debatten von den Kammern genehmigt und 10. Juli 1879 verkündet.

Der Klerus erhob nicht bloß Protest, sondern belegte die Staatsschulen ohne weiteres mit dem Bann, um die Eltern zu zwingen, ihre Kinder in die freien, vom Klerus errichteten Schulen zu schicken. Indes hatte er dabei keinen durchschlagenden Erfolg.

Die Regierung blieb fest. Sie versuchte anfangs, den Papst Leo XIII. zu veranlassen, daß er mäßigend auf die belgische Geistlichkeit einwirke. Dieser ging scheinbar darauf ein. Als die Regierung aber 1880 erkannte, daß die römische Kurie heimlich den Widerstand der Bischöfe sogar gebilligt hatte, trug sie keine Bedenken, die diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl abzubrechen.

Im Jahr 1881 wurde die Zahl der Staatsgymnasien verdoppelt. Am Wahlgesetz wurden mehrere Änderungen vorgenommen, um der ultramontanen Korruption vorzubeugen. An der Durchführung des Schulgesetzes wurde eifrig gearbeitet, um das Volk von den klerikalen Fesseln zu befreien. Die öffentliche Meinung schien durchaus auf seiten der liberalen Regierung zu stehen. Die Feier des 50jährigen Bestandes der belgischen Unabhängigkeit im August 1880 war eine glänzende.

Ein wunder Punkt für das Ministerium ... waren die Finanzen; das Defizit im Staatshaushalt wuchs mit jedem Jahr, und man sah sich zu neuen Steuern und zur Erhöhung bestehender benötigt. Um so wirksamer war die Agitation der Ultramontanen gegen die Staatsschulen, welche das Budget allerdings mit großen Kosten belasteten. Dazu kam, daß eine radikale Fraktion unter Führung des Brüsseler Deputierten Janson die Einheit in der liberalen Partei durch unzeitgemäße Anträge störte und besonders durch das Verlangen des allgemeinen Wahlrechts bei den Kammerwahlen die besitzenden Klassen beunruhigte.

Die Neuwahlen für die Deputiertenkammer am 10. Juni 1884 fielen daher zu ungunsten der Liberalen aus; namentlich verloren sie durch ihre Uneinigkeit sämtliche Sitze in Brüssel, die an eine sogenannte Mittelpartei, ... Klerikale, fielen. Die Mehrheit der ultramontanen Partei betrug 32 Stimmen.

Die im Juli folgenden Senatswahlen ergaben eine klerikale Majorität von 17 Stimmen. Das liberale Ministerium trat sofort ab und wurde durch ein streng ultramontanes ... ersetzt. Dieses stellte sofort die diplomatischen Beziehungen mit der römischen Kurie her und brachte ein

Schulgesetz in den Kammern ein, welches den Gemeinden gestattete, die Staatsschule aufzuheben und eine klerikale freie Schule für die öffentliche zu erklären.

Da die Stich- und Gemeindewahlen zeigten, daß das Land die schroffe Haltung der neuen Minister doch nicht billigte, so berief der König im Oktober 1884 ein gemäßigteres klerikales Kabinett, ... welches das neue Schulgesetz in den Kammern zur Annahme brachte. ...<<

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1873-1875 (x807/828-829): >>(Großbritannien) ... Im Herbst des Jahres 1873 wurde Großbritannien in einen Krieg in Afrika verwickelt. Schon 1872 hatten die Niederlande ihre Niederlassung Elmina an der Goldküste an Großbritannien abgetreten, und diese war mit den britischen Besitzungen daselbst, deren Hauptort Cape Coast Castle war, vereinigt worden. Der Stamm der Aschanti, das mächtigste unter den Negervölkern daselbst, glaubte sich dadurch vom Meer abgeschnitten und eröffnete die Feindseligkeiten gegen die Briten.

Die Regierung rüstete eine Expedition unter Sir Garnet Wolseley aus, welcher, wenn auch unter bedeutenden durch das Klima verursachten Verlusten, am 7. November die Aschanti schlug, dann einen Zug ins Innere unternahm, die Hauptstadt der Aschanti, Kumassi, zerstörte und den König Koffie am 13. Februar 1874 zum Frieden und zur Zahlung einer Entschädigung von 200.000 Pfund Sterling nötigte.

So stolz man auch in Großbritannien auf diese Erfolge war (der Sieger erhielt eine Nationalbelohnung), so trugen dieselben doch zur Befestigung der Regierung nichts bei; ja, insofern die bedeutenden Kriegskosten ohne Bewilligung des Parlaments verausgabt waren, erschütterten sie dieselbe eher. ...

Nach Schluß der Session von 1874 erfolgte eine Erweiterung des britischen Kolonialgebietes, indem demselben am 26. September die Fidschiinseln auf den Wunsch ihrer Häuptlinge einverleibt wurden. ...

Die Fortschritte Rußlands im inneren Asien erregten trotz der beruhigenden Versicherungen der russischen Regierung in Großbritannien steigenden Argwohn. Der Aufstand der Herzogwina im Sommer 1875 und die schlechte Lage der türkischen Finanzen erweckten neue Zweifel an der Lebensfähigkeit der Türkei, dieses Schoßkindes der englischen Politik.

Da griff Disraeli im November 1875 zu und verstärkte durch den Ankauf eines großen Teiles der Suezkanalaktien die Stellung Englands in Ägypten; er sicherte dadurch demselben die nächste Verbindung mit Indien, nachdem Derby Frankreich an jenem Ankauf durch Drohungen gehindert hatte. Auch die 1871 begonnene Reform des Landheeres wurde wieder in Angriff genommen, um die Wehrhaftigkeit des Reiches zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang gewann auch die Reise nach Indien, welche der Prinz von Wales am 11. Oktober 1875 angetreten hatte, erhöhte Bedeutung. Der großartige Empfang, der ihm auch von den eingeborenen Fürsten bereitet wurde, zeigte der Welt, wie fest gewurzelt hier die britische Herrschaft sei. ...<<

USA: Die Zeitung "Denver Tribune" berichtet im Jahre 1873 über die Utes-Indianer, die man in Reservate abschieben will (x122/389): >>Die Utes sind praktisch Kommunisten, und die Regierung sollte sich schämen, sie in ihrem Müßiggang und ihrer liederlichen Vergeudungssucht zu fördern und zu ermutigen.

Sie leben von den Gaben eines fürsorglichen, doch idiotischen Indian Bureau und sind sogar zu faul, sich auf ordnungsgemäße Weise ihre Rationen abzuholen, sondern bestehen darauf, sich zu nehmen, was sie wollen, ganz gleich, wo sie es finden. ...<<

Asien: Französische Truppen besetzen ab 1873 Tongking (Vietnam).

1874

Wo Freiheit wohnt, da ist mein Vaterland.

John Milton (1608-1674, englischer Dichter)

Deutsches Reich: Im Jahre 1874 verstärkt sich die große Wirtschaftskrise (1873-74). Viele Unternehmen, die zu wenig Eigenkapital besitzen, gehen Bankrott. Ungezählte Groß- und Kleinaktionäre verlieren ihr Geld. Aufgrund der starken ausländischen Konkurrenz, die ihre Produkte vielfach unter den Herstellungskosten anbietet, fordern Großindustrielle und adlige Gutsbesitzer staatliche Schutzzölle auf die Einfuhr von ausländischen Waren.

Kaiser Wilhelm I. schreibt am 2. Mai 1874 über das Offizierskorps (x092/604): >>Je mehr anderwärts Luxus und Wohleben um sich greifen, um so ernster tritt an den Offiziersstand die Pflicht heran, nie zu vergessen, daß es nicht materielle Güter sind, welche ihm seine hochgeehrte Stellung im Staate und in der Gesellschaft erworben haben und erhalten werden.

Nicht nur, daß die kriegerische Tüchtigkeit des Offiziers durch eine verweichlichende Lebensführung beeinträchtigt werden könnte, sondern völlige Erschütterung des Grundes und Bodens, worauf der Offiziersstand steht, ist die Gefahr, welches das Streben nach Gewinn und Wohleben mit sich bringen würde.

Je eifriger das Offizierskorps treue Kameraden- und richtigen Korpsgeist pflegt, um so leichter wird es Ausschreitungen vorbeugen, auf Abwege geratene Kameraden auf die richtigen Bahnen zurückleiten, unnütze Händel und unwürdige Zänkereien vermeiden.<<

Das Reichsgesetzblatt verkündet am 4. Mai 1874 (x056/268): >>§ 1 Einem Geistlichen, ... welcher durch gerichtliches Urteil aus seinem Amt entlassen worden ist und hierauf eine kirchliche Handlung vornimmt, ... kann durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten ... Orten versagt oder angewiesen werden. Besteht die Handlung in der ... Anmaßung des Amtes, oder in der tatsächlichen Ausübung, ... oder handelt er der gegen ihn ergangenen Verfügung der Landespolizeibehörde zuwider, so kann er seiner Staatsangehörigkeit ... verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden ...<<

Der deutsche Arbeiterführer August Bebel schreibt im Jahre 1874 in einer Wahlkampfbroschüre der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (x239/148): >>Als am 3. März 1871 unter dem Glockengeläute und Kanonendonner für den Versailler Frieden dieser Reichstag gewählt wurde, gab es wohl viele, die hoffnungsselig ihm entgegensahen. ...

Aber das durch "Blut und Eisen" mühsam zusammengeschweißte "Reich" ist kein Boden für bürgerliche Freiheit, geschweige für die soziale Gleichheit.

Staaten werden mit den Mitteln erhalten, durch die sie gegründet wurden. Der Säbel stand als Geburtshelfer dem "Reich" zur Seite, der Säbel wird es ins Grab begleiten. ...

Wir geben uns keinen Illusionen hin: wir glauben nicht, daß das allgemeine Wahlrecht ein Heilmittel oder eine Wünschelrute ist, durch welche das arbeitende Volk das Glück sich herbeiführen kann. Wir glauben auch nicht, daß es ihm unter den heutigen Verhältnissen gelingen wird, die Machtverhältnisse umzugestalten. Und dennoch muß das arbeitende Volk das angeführte Mittel als das einzige benutzen, welches ihm augenblicklich gegeben ist, um seine Stimme zu erheben, für seine vorenthaltenen Rechte einzutreten. ...<<

Frankreich: Der französische Publizist Paul Leroy-Beaulieu (1843-1916) erläutert im Jahre 1874 die großen Vorteile von Kolonien (x239/174): >>Die große Nützlichkeit der Kolonien liegt nicht allein darin, daß sie als Auffangbecken für den Bevölkerungsüberschuß des Mutterlandes dienen, und auch nicht darin, daß sie dessen überschüssiges Kapital ein Betätigungsfeld unter besonders rentablen Bedingungen eröffnen.

Darüber hinaus wird durch sie der Handel des Mutterlandes zu dynamischer Entfaltung angeregt, wird die Industrie aktiviert und in Gang gehalten; die Bevölkerung des Mutterlandes, Industrielle, Arbeiter und Verbraucher, erlangen durch sie wachsende Gewinne, Löhne und

Annehmlichkeiten. ...

Die expansive Kraft eines Volkes, seine Fähigkeit zur Fortpflanzung, seine Ausweitung und Vervielfachung über räumliche Grenzen hinweg liegt in der Kolonisation. Sie ist die Unterwerfung des gesamten oder eines Teils des Universums unter seine Sprache, Sitten, Ideen und Gesetze.

Ein Volk, das kolonisiert, ist ein Volk, welches das Fundament für seine Größe in der Zukunft und für seine künftige Vorherrschaft legt. Alle lebendigen Kräfte der kolonisierenden Nationen erfahren eine Intensivierung durch diese Ausbreitung ihrer überschüssigen Energien. ...<<

1875

Ruhm muß erworben werden, die Ehre hingegen braucht nur nicht verloren zu werden.

Arthur Schopenhauer (1788-1860, deutscher Philosoph)

Deutsches Reich: Gemäß Reichspersonenstandsgesetz wird am 6. Februar 1875 die Zivilehe (durch Eheschließung vor dem Standesbeamten begründete Ehe) im gesamten Deutschen Reich gesetzlich vorgeschrieben. Die kirchliche Eheschließung darf erst nach der standesamtlichen erfolgen. Die Ehescheidung wird ebenfalls zivilrechtlich geregelt.

Reichskanzler Bismarck läßt ferner alle kirchlichen Orden (außer Krankenpflegeorden) verbieten. Pfarrer, die sich den neuen Gesetzen nicht unterordnen, erhalten kein Gehalt mehr und illoyalen Geistlichen wird die Staatsbürgerschaft entzogen.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründen im Jahre 1875 durch Zusammenschluß von ADAV und SDAP in Gotha die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands".

Wilhelm Liebknecht fordert im Programm dieser neuen Partei (x145/126): >>... Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen, nur eine reaktionäre Masse sind.

Von diesen Grundsätzen ausgehend erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896, ab 1866 Professor für Geschichte, 1871-84 Mitglied des Reichstages) schreibt im Jahre 1875 über die Eroberung neuer Gebiete in Afrika und Asien (x261/171): >>... So ist jene Kolonisation ... für die Zukunft der Welt ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden. Von ihr wird abhängen, in welchem Maße jedes Volk an der Beherrschung der Welt durch die weiße Rasse teilhaben wird; es ist sehr gut denkbar, daß einmal ein Land, das keine Kolonien hat, gar nicht mehr zu den europäischen Großmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag.

Darum dürfen wir nicht in jenen Zustand der Erstarrung kommen, der die Folge einer rein festländischen Politik ist, und das Ergebnis unseres nächsten glücklichen Krieges muß womöglich die Erwerbung irgendeiner Kolonie sein. ...<<

Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns von 1875-1886 (x815/1.012-1.013): >>(Ungarn) ... Schwierig schien sich die Lage Ungarns zu gestalten beim Ausbruch der orientalischen Krise 1875. Die Magyaren waren der slawischen Bewegung, welche sich im Aufstand der Herzegowina, in der bulgarischen Empörung und im serbisch-türkischen Krieg kundgab, durchaus abgeneigt und gaben ihre Sympathien für die Türken bei verschiedenen Gelegenheiten geräuschvoll zu erkennen. Das Einschreiten Rußlands auf der Balkanhalbinsel, seine glänzenden Erfolge im Winter 1877/78 und die Neutralität der Reichsregierung diesen Ereignissen gegenüber erweckten in Ungarn die größten Besor-

gnisse.

In dieser Zeit bewiesen Tisza und die von ihm geleitete Mehrheit des Reichstages eine wirklich staatsmännische Klugheit. Sie bereiteten der auswärtigen Politik des Reiches keine Schwierigkeiten, ja als die Okkupation Bosniens und der Herzegowina 1878 große Verluste und Kosten verursachte und die Entrüstung über die unpopuläre Unternehmung in Ungarn aufs höchste stieg, gelang es Tisza, den Sturm zu beschwichtigen und sich und die liberale Partei in der Herrschaft zu behaupten.

In den Delegationen konnte die Reichsregierung auf die Unterstützung der Ungarn und damit auf die Annahme ihrer Anträge auch gegen die deutschliberale Partei in Österreich rechnen: die Kosten der Okkupation und die Organisation der neuen Provinzen wurden von ihnen bewilligt, das Wehrgesetz auf neue zehn Jahre genehmigt.

Dafür taten der Hof und die Reichsregierung alles, um Tisza und die liberale Partei zu unterstützen. Die nicht seltenen Beispiele von Bestechlichkeit von Beamten und Mitgliedern der herrschenden Partei und von Beteiligung derselben an Geldgeschäften, die zu Skandalen und Duellen führten, schadeten der ungarischen Regierung nicht ernstlich.

In der rücksichtslosen Magyarisierung Ungarns, in der Unterdrückung der Deutschen, namentlich der Siebenbürger Sachsen, wurde dem Ministerium von Wien aus völlig freie Hand gelassen, während gleichzeitig in Österreich die deutschliberale Verfassungspartei wegen ihrer kurzsichtigen Opposition gegen die auswärtige Politik der Krone ihre maßgebende Stelle einbüßte.

Indem Tisza entschieden dafür eintrat, daß der Staat vor allem ungarisch sein, gleichzeitig aber in der Gesamtmonarchie seine Interessen nachdrücklich zur Geltung bringen müsse, gelang es ihm immer wieder, die Opposition im Parlament zu besiegen und bei den Wahlen die Mehrheit zu behalten.

In der Tat war das Programm der äußersten Linken, Losreißung von Österreich, unausführbar ... Die Finanzverhältnisse nahmen immer noch die besondere Aufmerksamkeit in Anspruch, da das Defizit aus dem Staatshaushalt nicht zu beseitigen war. Es wurden daher frühere Anleihen zu einem geringeren Zinsfuß konvertiert und neue Steuern eingeführt, andere erhöht. Die Magyarisierung der Schulen wurde 1883 durch ein Gesetz über die Mittelschulen, welches die Kenntnis des Magyarischen für alle Prüfungen vorschrieb, fortgesetzt.

Die Ablehnung eines Gesetzes über die Eheschließung zwischen Christen und Juden durch das Oberhaus (1884) brachte die lange beabsichtigte Reform desselben in Gang. Dieselbe wurde 1886 zum Gesetz erhoben ...<<

Rußland: Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über die Geschichte Rußlands von 1875-1885 (x834/101,103-104): >>(Rußland) ... Die ungerechte Behandlung, welche die Pforte ihren christlichen Untertanen angedeihen ließ, und ihre Weigerung, den im Pariser Vertrag von 1856 übernommenen Verpflichtungen vollständig nachzukommen, benutzte Rußland als eine neue Kriegsfrage. Der Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien im Juli 1875 veranlaßte zunächst die diplomatische Intervention der russischen Regierung.

Sie legte bei der Dreikanzlerzusammenkunft in Berlin vom 11. bis 14. Mai 1876 das sogenannte Berliner Memorandum vor, dessen Annahme an der Weigerung Englands scheiterte. Montenegro und besonders Serbien, welche im Juli der Pforte den Krieg erklärt hatten, wurden von Rußland in nicht offizieller Weise unterstützt und letzteres, als es, dem Untergang nahe, die Hilfe Rußlands anrief, durch das der Pforte gestellte Ultimatum des Zaren vom 30. Oktober gerettet.

Am 10. November erklärte Kaiser Alexander, von der öffentlichen Meinung gedrängt, seinen Entschluß, der Pforte den Krieg anzukündigen, falls diese keine Garantien für die Ausführung der von den Großmächten gestellten Forderungen gebe.

Als die in Konstantinopel vom 23. Dezember 1876 bis 20. Januar 1877 tagende Konferenz der

Bevollmächtigten der Großmächte und das Londoner Protokoll vom 31. März 1877 zu keinem Resultat führten, wurde der Krieg durch das vom 24. April 1877 datierte Kriegsmanifest des Kaisers verkündigt.

Rußland war trotz des tapferen Widerstandes der Türkei schließlich siegreich. Die Pforte bat um Waffenstillstand; derselbe wurde nebst den Präliminarfriedensbedingungen am 31. Januar 1878 zu Adrianopel unterzeichnet, am 3. März der Friedensvertrag von San Stefano abgeschlossen. Aber die Ziele, welche Rußland nach seinen Waffenerfolgen anstrebte, veranlaßten das Einschreiten Englands. Nach langen Verhandlungen kam durch die Vermittlung der deutschen Regierung der Berliner Kongreß zustande, der die orientalischen Verhältnisse endgültig regeln sollte und unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck am 13. Juni 1878 eröffnet wurde.

In dem am 13. Juli unterzeichneten Friedensvertrag erhielt Rußland von Türkisch-Asien die Gebiete von Kars, Ardahan und Batum, und der durch den Pariser Vertrag 1856 von Rußland an die Türkei abgetretene Teil von Bessarabien wurde von Rumänien, das die Dobrudscha erhielt, an Rußland zurückgegeben. Dagegen mußte Rußland zu einigen, von den Friedensbestimmungen von San Stefano abweichenden Abmachungen über die künftige Gestaltung der Balkanhalbinsel seine Zustimmung geben.

Der ... Zweck des Krieges, Befreiung der russischen Stammes- und Glaubensgenossen von der türkischen Willkürherrschaft, war erreicht; der eigentliche Zweck, Rußland einen übermächtigen Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu verschaffen, war verfehlt, während Österreich und England, die keinen Teil an dem Kriege genommen hatten, das eine mit der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, das andere mit der Cyperns betraut wurden. Daher war in Rußland weder Regierung, noch Armee, noch Presse mit den Ergebnissen des Krieges zufrieden, und Deutschland wurde der unbegründete Vorwurf gemacht, es habe auf dem Berliner Kongreß Rußland um die Früchte des Krieges gebracht.

Die Folge dieser Spannung zwischen Rußland und Deutschland war, daß im Sommer 1879 in Paris über den Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses verhandelt wurde, daß zur Beilegung der politischen Mißstimmung Kaiser Wilhelm I. am 3. September in Alexandrowo eine Zusammenkunft mit Kaiser Alexander hatte, und daß Fürst Bismarck, um Deutschland gegen die Gefahr einer russisch-französischen Offensivallianz zu sichern, in Gastein und in Wien eine Defensivallianz mit Österreich abschloß.

Gleichzeitig mit diesen den Sturz der türkischen Herrschaft bezweckenden Bestrebungen erfolgte das Vorgehen Rußlands in Zentralasien. Ein Konflikt mit China wegen Kaschgar (in Ostturkestan) wurde 1874 durch englische Intervention beigelegt, das 1871 okkupierte Kuldshagebiet 1881 an China zurückgegeben, außer einem kleinen Distrikt nordöstlich vom Fluß Ili.

Durch den Feldzug Skobelevs wurden 1881 die ... Turkmenen unterworfen und ihr Gebiet Rußland einverleibt. ...<<

>>... Um den administrativen Zusammenhang der deutschen Provinzen Livland, Kurland und Estland zu zerreißen, wurde durch Ukas vom 6. Februar 1876 das Generalgouvernement der baltischen Provinzen aufgehoben. 1878 wurde den baltischen Städten die russische Städteverfassung aufgezwängt.

Die gleichen Nivellierungstendenzen verfolgte den Polen gegenüber der Ukas vom Jahr 1876, welcher im Generalgouvernement Warschau das neue russische Gerichtsverfahren einführte und die besondere "politische Kanzlei" auflöste.

Neben dem reaktionären Altrussentum und dem Panslawismus, die in der öffentlichen Meinung immer mehr zur Herrschaft gelangten, und deren Tendenzen auch die Regierung nachgeben mußte, war in der Gärungszeit der letzten Jahrzehnte die revolutionäre Richtung des Nihilismus entstanden.

Die Regierung suchte ihm durch einen Erlaß vom 24. Mai 1865, der die Behörden zum kräf-

tigsten Einschreiten aufforderte, entgegenzuwirken, aber erfolglos. Aus nihilistischen Kreisen ging das mißlungene Attentat des Dimitrij Karakosow auf den Kaiser in Petersburg vom 16. April 1866 hervor. Gefährlich wurde der Nihilismus seit dem Jahr 1878, wo von ihm der Mord, insbesondere der Kaisermord, programmäßig als das geeignetste Mittel zur Erreichung seiner Ziele proklamiert wurde. Nach dem Attentat auf den Petersburger Stadthauptmann General Trepow und der Ermordung des Generals Mesenzew wurden durch Regierungsdekret alle politischen Verbrechen den Militärgerichten zugewiesen.

Trotzdem mehrten sich die Attentate gegen hohe Beamte, und 1879 begannen die Mordanschläge gegen den Kaiser. Am 14. April feuerte Solowjew auf ihn in der Umgebung des Winterpalais mehrere Revolverschüsse ab, ohne zu treffen; am 1. Dezember, als der Kaiser von Livadia nach Moskau zurückkehrte, wurde ... (durch) Minen der Eisenbahnzug teils umgestürzt, teils zum Entgleisen gebracht; aber das Attentat traf nicht den kaiserlichen Zug, sondern den hinter diesem fahrenden Bagagezug (Güterzug). Die Missetäter wurden nicht entdeckt.

Dem Kaiser wurde von dem Exekutionskomitee mit weiteren Mordversuchen gedroht, wenn er nicht seine Herrschaft aufgebe und dieselbe einer Nationalversammlung übertrage. Am 17. Februar 1880 erfolgte im Winterpalais eine Dynamitexplosion, die aber die kaiserliche Familie nicht traf.

Auf dieses Attentat hin wurde das 1879 in Petersburg (sowie auch in Moskau, Charkow, Odessa, Kiew und Warschau) eingesetzte und mit außerordentlichen Vollmachten versehene Generalgouvernement, das sich machtlos erwiesen hatte, aufgehoben und dem General Loris-Melikow eine Art Diktatur übertragen. Derselbe war bestrebt, auf dem Gebiete des Gefängniswesens, der Zivilverwaltung und der Presse Reformen durchzuführen und auch auf diesem Wege, nicht bloß durch Gewaltmittel, dem Nihilismus entgegenzutreten, aber auch so vermochte er es nicht, ein Bombenattentat zu verhindern, dem der Kaiser am 13. März 1881, als er nachmittags nach dem Winterpalais zurückfuhr, zum Opfer fiel. Alexander erlag sogleich seinen furchtbaren Verletzungen. ...

Sein Nachfolger, Kaiser Alexander III., entschied sich nach langem Schwanken für Festhaltung am Cäsarismus. In seinem Manifest vom 11. Mai appellierte er an die ihm von Gott verliehene "selbstherrscherliche Gewalt". Darauf ... (reichten) Melikow, der Kriegsminister Graf Miljutin, der Finanzminister Abasa ihre Entlassung ein, und Graf Ignatjew wurde zum Minister des Inneren ernannt. ...

Das nihilistische Exekutivkomitee erließ als Antwort auf das Manifest eine Erklärung, die dem Kaiser mit dem Schicksal seines Vaters drohte. Infolgedessen mußten die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, und der Kaiser wechselte mehrmals rasch seinen Wohnsitz, residierte bald in Gatschina, bald in Peterhof, von Polizei und Militär bewacht.

Die Kaiserkrönung fand erst am 27. Mai 1883 in Moskau statt, und am Tage derselben erließ der Kaiser ein Manifest, worin einige Gnadenakte verkündigt und alles Heil des Reiches von der mit göttlicher Weisheit und Stärke begnadigten unumschränkten Machtvollkommenheit des Kaisers abhängig gemacht wurde.

In einem 1885 an den Senat gerichteten kaiserlichen Ukas wurde die bisherige kaiserliche Hausordnung dahin abgeändert, daß nur die Söhne, Töchter, Brüder, Schwestern und die in unmittelbarer Linie vom Mannsstamm abstammenden Enkel des Kaisers den Titel "Großfürsten" und "Großfürstinnen" führen dürfen, daß aber die vom Mannsstamm herkommenden Urenkel des Kaisers als "Fürsten und Fürstinnen von kaiserlichen Geblüt" anzusehen sind.

Die Beziehungen Rußlands zu den auswärtigen Mächten, namentlich zu Deutschland und Österreich, waren unter der Regierung Alexanders III. anfangs durchaus nicht freundlich, und Rußland nahm eine isolierte Stellung ein. Die Nachbarmächte konnten wenig Vertrauen zu einer Regierung fassen, von welcher zwei Mitglieder, Fürst Gortschakow und Graf Ignatjew,

ihre entschiedenen Feinde waren, zu einer Regierung, welche an der Westgrenze des Reiches starke Truppenmassen versammelt und wie zu einem raschen Überfall bereit hielt.

Daher führte die Zusammenkunft, welche Kaiser Alexander am 9. September 1881 mit Kaiser Wilhelm in Danzig veranstaltete und welcher auch Fürst Bismarck und Geheimrat von Giers, der Stellvertreter Gortschakows, beiwohnten, zunächst keine Veränderung der gegenseitigen Beziehungen herbei.

Erst als der 84jährige Gortschakow am 9. April 1882 von der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen entbunden, dieses dem Geheimrat von Giers übertragen, Graf Ignatjew am 11. Juni 1882 seines Postens als Minister des Inneren enthoben wurde und Graf Tolstoj an seine Stelle trat, konnte man von einem Sieg der russischen Friedenspartei sprechen. Der neue Minister von Giers gab sich alle Mühe, durch persönliche Besprechungen mit dem Fürsten Bismarck, den er wiederholt besuchte, und mit den leitenden Persönlichkeiten in Wien ein gutes Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland-Österreich herzustellen.

Kaiser Alexander III. selbst kam bald zu der Einsicht, daß die Sicherheit seiner Dynastie und seines Reiches hauptsächlich auf einem guten Verhältnis mit Deutschland beruhe. Diese Wendung der russischen Politik fand ihren offiziellen Ausdruck in der Zusammenkunft, welche vom 15. bis 17. September 1884 zwischen den Kaisern von Deutschland, Österreich und Rußland in dem polnischen Lustschlößchen Skernewizy (Skierniewice) stattfand, und welcher auch die leitenden Minister, Fürst Bismarck, Graf Kalnoky und Herr von Giers, beiwohnten.

Die Annäherung Rußlands an die zwei großen Friedensmächte tat sich sofort in allen europäischen Fragen kund. Dieses freundschaftliche Verhältnis erhielt eine Verstärkung durch den Besuch, welchen Kaiser Alexander im August 1885 dem Kaiser Franz Josef in Kremsier abstattete.

Die guten Beziehungen Rußlands zu Deutschland und Österreich waren aber nur von kurzer Dauer; bald trat an ihre Stelle ein recht gespanntes Verhältnis infolge des Auftauchens der bulgarisch-ostrumelischen Frage. Da Rußland sich in seiner Hoffnung, daß Bulgarien sich freiwillig einer russischen Oberlehnsherrlichkeit unterwerfen werde, getäuscht sah, so suchte es fortan jede innere und äußere Erstarkung Bulgariens zu hemmen. Alexander III. versagte daher der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien durch den Staatsstreich vom 18. September 1885 seine Zustimmung und gab seiner Abneigung gegen den bulgarischen Fürsten Alexander offenen Ausdruck, indem er ihn aus der russischen Armeeliste streichen ließ. ...<<

Herzegowina: Ab 1875 lehnen sich die Slawen und andere türkische Vasallen (mit russischer Unterstützung) in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.

Osmanisches Reich: Ab 1875 führen die Türken jahrelang ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, um den westeuropäischen Wirtschaftsstandard zu erreichen.

Die kostspielige Modernisierung endet später schließlich mit dem Staatsbankrott des Landes (Verpfändung der türkischen Staatseinnahmen, ab 1881 internationale Schuldenverwaltung).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Türkischen Reiches von 1875-1879 (x815/930-932): >>(Türkisches Reich) ... Zu immer drückenderen Bedingungen mußten ... von Jahr zu Jahr Darlehen aufgenommen werden; um nur zu Geld zu kommen, schien die türkische Regierung in ihren Zugeständnissen an die Kapitalisten keine Grenze zu kennen. Sie konnte daher bald auch die Zinsen ihrer auf 5.000 Millionen Franc angewachsenen äußeren Schuld nicht mehr bezahlen.

Am 6. Oktober 1875 erklärte die Pforte, daß sie außerstande sei, von den Zinsen der Staatsschuld mehr als 50 Prozent zu bezahlen, daß sie aber über die ... (restlichen) 50 Prozent 5prozentige Obligationen ausstellen wolle, welche später bar eingelöst werden sollten. Aber alle Versuche, der Mißwirtschaft im Inneren Einhalt zu ... (gebieten), waren erfolglos. ...

1875 brach in der Herzegowina, angeblich durch Steuerdruck hervorgerufen, ein Aufstand

aus. Montenegro und Serbien machten sich trotz offizieller Neutralitätserklärung zu Vermittlern der von Rußland ausgehenden Förderung des Aufstandes. Die lässige Bekämpfung des Aufstandes zog den Türken einige Schlappen zu; sofort wurde der Pforte auf Betreiben Rußlands von den Mächten eine Konsularkommission zur Herstellung des Friedens aufgedrängt, und als die Bemühungen dieser an der ablehnenden Haltung der Aufständischen gescheitert und sogar eine die Pazifikationsbedingungen zusammenfassende Note der Mächte verworfen worden war, als auch eine österreichischerseits versuchte Vermittlung zu nichts geführt hatte: da glaubte die Pforte endlich selbständig agieren zu können.

Durch zwei befestigte Lager hielt sie Serbien in Schach und schnitt die Insurgenten von Montenegro ab, worauf sofort der Aufstand auf einige rauhe Gebirgsgegenden beschränkt wurde. Nun aber trat Ignatjew energisch gegen eine Bedrohung Montenegros auf und erzwang eine Verlegung der türkischen Truppen von der montenegrinischen Grenze.

In diesem Augenblick trat ein anderes verhängnisvolles Ereignis für die Pforte ein: in Saloniki wurden am 6. Mai 1876 der deutsche und der französische Konsul bei einem Tumult von fanatischen Mohammedanern, nicht ohne Verschulden der Behörden, ermordet. Die Pforte beeilte sich, den sehr strengen Genugtuungsforderungen der Mächte gerecht zu werden; doch war ihre vermehrte Isolierung die natürliche Folge des Verbrechens.

Die gegen sie ganz Europa durchzuckende Mißstimmung wurde von Rußland geschickt benutzt. Dasselbe wußte von den beiden verbündeten Kaiserhöfen die Zustimmung zu dem sogenannten Gortschakowschen Memorandum zu erlangen, welches die Schuld an dem Nichtgelingen der Pazifikation der Herzegowina lediglich dem Sultan beimaß und unter Androhung wirksamerer Maßregeln einen zweimonatlichen Waffenstillstand verlangte, um mit den Insurgenten wegen des Friedens zu unterhandeln. Auch die übrigen Mächte, mit Ausnahme Englands, erklärten sich mit dieser Staatsschrift einverstanden.

Alle Schichten der türkischen Nation waren überzeugt, daß Rußland auf das Verderben der Pforte sinne, und daß Eigennutz und Unverstand den Großherrn und seinen ersten Wesir dem Erbfeind als Gehilfen zuführten. Über die Verbindung des Sultans mit Rußland wurden die aufregendsten Gerüchte verbreitet, als wolle Rußland Konstantinopel mit seinen Truppen besetzen, um die neue Thronfolgeordnung mit Gewalt durchzuführen und die Unzufriedenen zu züchtigen, und der russische Botschafter trat denselben mit keiner Ablehnung entgegen.

Am 11. Mai kam es zu stürmischen Auftritten vor dem Palast des Sultans; die Softas (theologische Studenten) hatten sich bewaffnet und verlangten Entlassung Mahmuds, Entfernung Ignatjews und Krieg gegen Montenegro.

Keine Hand rührte sich für Abd ul Asis. Umsonst suchte derselbe durch Berufung eines populären Mannes auf den Posten Mahmuds sich aus der Verlegenheit zu ziehen, er war selbst unmöglich geworden.

Am 29. Mai vereinigte sich der neue Großwesir, Mehemed Ruschdi, mit dem Kriegsminister Hussein Avni und Midhat Pascha, den Sultan abzusetzen und den ältesten Sohn Abd ul Medschids, Murad V., auf den Thron zu erheben. In der Nacht zum 30. Mai wurde die Palastrevolution ohne Blutvergießen durchgeführt. Der abgesetzte Sultan wurde darauf am 4. Juni in dem Palast Tscheragan, wohin man ihn gebracht hatte, auf Befehl der Minister ermordet; man gab vor, er habe sich durch Aufschneiden der Pulsadern selbst getötet.

Am 15. Juni drang von neuem die Kunde einer grauenhaften Bluttat ins Publikum: drei Minister, darunter der energische Hussein Avni, wurden im Haus Midhats von einem tscherkessischen Offizier ermordet!

Während dies in Konstantinopel geschah, brach an verschiedenen Stellen Bulgariens der von Rußland vorbereitete Aufstand aus. Es war ein Ausrottungskrieg der Bulgaren gegen ihre in der Minderzahl befindlichen mohammedanischen Mitbürger, aber die Urheber hatten sich ... (hinsichtlich) der Ohnmacht der Pforte verrechnet. Von den gegen ihn aufgetretenen Irregulä-

ren, denen sich später Linientruppen beigesellten, wurde der Aufstand unter noch barbarischeren Greueln und entsetzlichem Blutvergießen zu Boden geworfen.

Inzwischen hatte auch Serbien seine Rüstungen vollendet und überschritt nunmehr die Grenze, um, wie es in dem Manifest vom 2. Juli 1876 hieß, den aufständischen Nachbarprovinzen den Frieden wiederzugeben. Rußland sandte nach Serbien die Erfordernisse für den Krieg an Geld, Waffen, Munition und vor allem ... Mannschaften. Doch fochten die Serben unglücklich und sahen sich am 29. August genötigt, die Mächte um Vermittlung eines Waffenstillstandes anzugehen, den sie verräterisch brachen, sobald sie durch russische Hilfe ihre Kampffähigkeit wiederhergestellt zu haben glaubten.

Neue Siege bei Alexinatz (Ende Oktober) eröffneten nunmehr den Türken den Weg in das Herz Serbiens; aber ihren Erfolgen gebot ein Telegramm des Kaisers Alexander II. aus Livadia vom 30. Oktober 1876 Halt, welches unter Androhung sofortigen diplomatischen Bruches ihnen binnen 24 Stunden Einstellung ihrer Operationen auferlegte.

Inzwischen war in Konstantinopel Murad V. wahnsinnig geworden; am 31. August folgte ihm sein Bruder Abd ul Hamid II.

In der nichtigen Hoffnung, Rußland durch Nachgiebigkeit zu entwaffnen, unterzeichnete dieser am 31. Oktober die Waffenstillstandsakte, berief seine Truppen aus Serbien zurück und gewährte dem treulosen Vasallenstaat am 1. März 1877 den denkbar günstigsten Frieden unter Herstellung des Status quo ante (Zustand, wie er vorher war).

Gleich nach dem Abschluß des serbisch-türkischen Waffenstillstandes schlug England eine Konferenz vor, welche unter Wahrung der Integrität des Osmanenreichs eine administrative Autonomie für die slawischen Balkanprovinzen feststellen sollte. Beim Zusammentritt derselben, welche in Konstantinopel tagte, ließ Midhat Pascha, seit dem 19. Dezember 1876 Großwesir, den Sultan seinem Reich eine Verfassung oktroyieren, welche, am 23. Dezember 1876 publiziert, die völlige Rechtsgleichheit aller Pfortenuntertanen proklamierte und als Trumpf von der türkischen Regierung gegen die Ansprüche der Mächte zu Gunsten der Slawen nicht ohne Geschick ausgespielt wurde. Die Konferenz endigte ohne Resultat.

Nachdem sie selbst ihre Beschlüsse herabgemildert (hatten), wurden diese von Midhat dem Großen Diwan, einer Versammlung von gegen 300 angesehenen Personen, darunter 60 Christen, zur Prüfung vorgelegt und einstimmig zurückgewiesen. Doch wurde der tatkräftige Midhat schon im Februar 1877 infolge einer Palastrevolution abgesetzt und verbannt; an seine Stelle als Großwesir trat Edhem Pascha. Daher hatte auch die erste und einzige Session der türkischen Kammer im Februar 1877 kein Ergebnis.

Um so mehr fühlte sich Rußland zu energischem Vorgehen ermutigt, und nachdem es seine Rüstungen vollendet, erklärte es am 24. April 1877 ... der Türkei den Krieg. Derselbe entbrannte zuerst in Asien, woselbst im oberen Kurtal am 17. Mai die kleine Festung Ardahan von den Russen erobert wurde. Im Juni gingen die Russen über die Donau, ... eroberten am 6. Juli Tirnowa, überstiegen am 12. Juli ... den Balkan, wiegelten die Bulgaren Nordthakiens auf, erstürmten am 19. Juli den für schweres Geschütz passierbaren Schipkapaß, besetzten Jambol, Karlowo und andere Städte im Süden des Balkans, eroberten Nikopoli an der Donau und belagerten Rustschuk.

Diesem glänzenden Anfang des Feldzuges entsprach aber der Fortgang nicht. Bei dem Versuch, die befestigten Höhen von Plewna zu nehmen, erlitten die Russen am 20., 21. und 31. Juli Niederlagen, die eine rückgängige Bewegung zur Folge hatten. In Thrakien von Suleiman Pascha angegriffen, mußten sie sich in den Schipkapaß zurückziehen, den sie mannhaft verteidigten; in der Donaugegend wurden sie über den Schwarzen Lom geworfen. Sie sahen sich genötigt, die früher nicht recht gewürdigte Bundesgenossenschaft mit den Rumänen anzunehmen, erlitten aber bei erneuten Angriffen gegen Plewna vom 7. bis 12. September abermals Niederlagen, so daß bedeutende Truppennachschübe nötig wurden.

Auch in Asien stritten sie bei Zewia unglücklich gegen die Türken und wurden auf ihr eigenes Gebiet zurückgeworfen, bis es ihnen am 15. Oktober gelang, auf dem Aladjaberg einen glänzenden Sieg davonzutragen. Die Türken hatten militärisch mehr geleistet, als man, namentlich nach dem Beginn des Krieges, von ihnen erwartet hatte. Da sie indes gar keine Unterstützung fanden, mußten sie endlich doch der Übermacht unterliegen.

Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz ging am 18. November Kars verloren, und die Türken wurden nach Erzerum zurückgetrieben; in Bulgarien aber besiegelte der Fall des lange heldenmütig verteidigten Plewna (10. Dezember) den Verlust eines großen Teiles des westlichen Bulgarien, in welches zu gleicher Zeit die Serben eindrangten, während die Montenegriner in Albanien siegreich vorrückten.

Anfang 1878 überschritten die Russen den Balkan an mehreren Stellen zugleich. Die Armee Suleimans wurde bei Philippopol völlig zersprengt, die Schipkaarmee gefangen genommen und am 31. Januar 1878 in Adrianopel, das die Türken freiwillig geräumt (hatten), von den Russen, welche bereits bis zum Marmarameer und bis an die Tore Konstantinopels vorgezogen waren, der Waffenstillstand diktiert.

Diesem folgte am 3. März, da die Türken nirgends Hilfe fanden, der Friede von San Stefano. In diesem wurden die Unabhängigkeit Rumäniens und Serbiens, des letzteren und Montenegros Vergrößerung, die Abtretung der Dobrudscha und eines Teiles von Armenien, die Bildung eines autonomen Fürstentums Bulgarien, welches außer dem eigentlichen Bulgarien einen großen Teil Rumeliens und Makedoniens umfaßte, stipuliert und die Zahlung einer beträchtlichen Kriegsentschädigung der Türkei auferlegt.

Die Ausführung des Friedens verzögerte sich indes infolge des Konfliktes zwischen Rußland und England, das eine Flotte in das Marmarameer einlaufen ließ. Während die energische Haltung der englischen Regierung den Ausbruch eines Krieges mit Rußland erwarten ließ, wenn dieses sich nicht nachgiebig zeigte, und die Mächte sich eifrig bemühten, durch einen Kongreß eine friedliche Lösung der orientalischen Wirren herbeizuführen, fehlte es in Konstantinopel an jeder klaren, entschiedenen Haltung.

Die Minister kamen und gingen je nach den Launen des Sultans und seiner Günstlinge. Die Kammern waren schon im Februar nach Haus geschickt und damit die Komödie einer "osmanischen Verfassung" geschlossen worden. Der unerfahrene Abd ul Hamid litt an fast krankhafter Furcht vor Verschwörungen zu Gunsten seines Bruders Murad; eine solche wurde in der Tat im Mai 1878 versucht, aber blutig unterdrückt.

Am 1. Juni wurde Mehemed Rüschi Pascha wieder zum Großwesir ernannt. Unter ihm warf sich die Pforte endlich England in die Arme, indem sie am 4. Juni einen geheimen Vertrag mit diesem schloß, wonach England den Schutz der asiatischen Besitzungen der Türkei übernahm, solange Rußland nicht seine Eroberungen in Armenien herausgegeben haben würde, und dafür das Recht erhielt, Cypren zu besetzen.

Mehemed wurde bereits am 8. Juni durch Savfet Pascha ersetzt. Dieser leitete die türkische Politik während des Berliner Kongresses (13. Juni bis 13. Juli 1878). Allerdings wurden in Berlin mehrere Bestimmungen des Friedens von San Stefano zu Gunsten der Türkei verändert: Aladschkert und Bajesid in Armenien fielen an sie zurück; das autonome Fürstentum Bulgarien wurde auf das Gebiet nördlich vom Balkan nebst Sofia beschränkt, der südliche Teil, aber ohne Makedonien und den Küstenstrich, als eine Provinz Ostrumelien unter türkischer Oberhoheit belassen.

Dagegen wurde Österreich am 29. Juni mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina beauftragt und der Protest der türkischen Bevollmächtigten dagegen zurückgewiesen. Ferner wurde Griechenland das Recht zuerkannt, auf eine Rektifikation seiner nördlichen Grenze (Abtretung des südlichen Thessalien und Epirus mit Larissa und Janina) Anspruch zu erheben.

Die Pforte unterzeichnete und ratifizierte zwar den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878, beeilte sich aber nicht mit seiner Ausführung.

Der definitive Friede mit Rußland wurde am 8. Februar 1879 unterzeichnet und die an Rußland zu zahlende Kriegsschädigung auf 802 Millionen Franc festgesetzt.

Gegen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch österreichische Truppen im August 1878 leistete die Türkei keinen Widerstand und schloß am 21. April 1879 mit Österreich eine Konvention, durch welche sie die Souveränität des Sultans in jenen Provinzen formell wahrte.

Die Macht des türkischen Reiches war durch den Berliner Frieden erheblich geschwächt worden, namentlich in Europa, und die große Finanznot mußte ebenfalls dazu beitragen, die Autorität der Pforte im Land selbst und bei den auswärtigen Mächten herabzusetzen. Es blieben daher weitere Zumutungen an sie nicht aus. ...<<

USA: Als die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) bricht, ruft der Sioux-Häuptling Sitting Bull (um 1831-1890) im Jahre 1875 zum Kampf gegen die europäischen Eindringlinge auf (x181/2.32): >>Brüder seht, es ist Frühling geworden. Die Sonne hat die Erde umarmt. Alle Samen sind erwacht, alle Tiere haben neu zu leben begonnen. Von dieser großen, geheimnisvollen Kraft stammt auch unser Leben. Daher gewähren wir all unseren Nachbarn, selbst den Tieren, das gleiche Recht, das auch wir beanspruchen: das Recht, in diesem Land zu leben.

Klein und schwach waren sie, als unsere Väter sie kennenlernten, aber nun sind sie groß und anmaßend geworden. Die Liebe zum Besitz ist eine Krankheit, an der sie alle leiden. Sie haben viele Gesetze gemacht, die die Reichen brechen dürfen, die Armen aber nicht. Sie nehmen Steuern von den Armen und Schwachen und unterstützen damit die Reichen, die über die anderen herrschen. Sie beanspruchen unsere Mutter, die Erde, als ihr Eigentum und bauen Zäune, um die Nachbarn fernzuhalten. Sie schänden die Erde mit ihren Bauwerken und ihrem Abfall. Das Volk der Weißen gleicht einem Fluß, der im Frühling über die Ufer tritt und alles in seinem Umkreis zerstört.

Wir können nicht Seite an Seite mit ihnen leben. Vor 7 Jahren erst schlossen wir ein Vertrag, der uns das Büffelland für immer zusprach. Nun wollen sie es uns wegnehmen. Brüder, sollen wir uns ihnen unterwerfen? Oder sollen wir zu ihnen sagen: "Bevor ihr das Land meiner Väter in Besitz nehmt, müßt ihr mich zuerst töten." ...<<